

Digitale Gesellschaftsrelevanz: Herausforderungen der Journalismusforschung

Altmeppen, Klaus-Dieter

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Altmeppen, K.-D. (2020). Digitale Gesellschaftsrelevanz: Herausforderungen der Journalismusforschung. In J. Schützeneder, K. Meier, & N. Springer (Hrsg.), *Neujustierung der Journalistik/Journalismusforschung in der digitalen Gesellschaft: Proceedings zur Jahrestagung der Fachgruppe Journalistik/Journalismusforschung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019*, Eichstätt (S. 9-20). Eichstätt: Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e.V. <https://doi.org/10.21241/ssoar.70814>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Digitale Gesellschaftsrelevanz. Herausforderungen der Journalismusforschung

Klaus-Dieter Altmeyen

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Zusammenfassung

Eine bedeutsame soziale Praktik ist Kritik, im Sinne emanzipatorischen Erkenntnisinteresses. Kritik ist ein handelndes Element der sozialen Praktiken von Wissenschaftler_innen, die sich in ihrem Handeln mit den Normen und ihrer Unterscheidung auseinandersetzen (Jaeggi & Wesche, 2009, S. 7). Auf dieser Grundlage folgt die Zusammenfassung einer Keynote, die als Möglichkeit interpretiert wurde, problematische Entwicklungen in der Journalistik/Journalismusforschung herauszugreifen. Leitend für diese Möglichkeit ist die Annahme, dass die Journalismusforschung/Journalistik sich als Gesellschaftswissenschaft verstehen sollte. Der vorliegende Beitrag diskutiert anhand von fünf zentralen Thesen Ausgangspunkt, Herausforderungen und Zukunft der Journalismusforschung.

Keywords: Journalismusforschung, Internationalisierung, Entfremdung, Kommunikation

Summary

A significant social practice is criticism, in the sense of emancipatory cognitive interest. Critique is an acting element of the social practices of scholars who deal with norms and their differentiation in their actions (Jaeggi & Wesche, 2009, p. 7). On this basis, the summary of a keynote follows, which was interpreted as a possibility to pick out problematic developments in journalism/journalism research. Guiding this possibility is the assumption that journalism research/journalism should be understood as a social science. The present contribution therefore discusses the starting point, challenges and future of journalism research on the basis of five central theses.

Keywords: Journalism Research, Internationalization, Alienation, Communication

Was und wie eine Wissenschaft beobachtet ist ebenso wenig festgelegt wie die Schlüsse, die sie aus den Beobachtungen zieht. Diese Freiheitsgarantien für Wissenschaft, Lehre und Forschung bilden einen Teil der normativen Ordnung des Wissenschaftsbetriebs. Diese Ordnung lässt sich fassen als ein Zusammenhang verschiedener Normen, die sich auf den gleichen Ausgangspunkt zurückführen lassen, in diesem Fall Wissenschaft als Handlungsfeld und als Beruf. Dort bilden sich Normen als soziale Praktiken aus, in denen sich Gemeinschaften von der eigenen Realität distanzieren, um diese zu verändern (Möllers, 2018, S. 15). Normen sind Haltepunkte, an denen Gemeinschaften ihr ethisches Handeln reflektieren und bewerten, um Fragen nach einem Wertewandel zu beantworten. Es sind in dieser Sichtweise also vor allem Normen, über deren Reflektion und Veränderung sich Gesellschaften wandeln, denn soziale Normen markieren Unterschiede und Gemeinsamkeiten, weil sie in sozialen Kontexten, zu konkreten Zeiten und konkreten Orten in Erscheinung treten und gelten.

Eine bedeutsame soziale Praktik ist Kritik, im Sinne emanzipatorischen Erkenntnisinteresses. In solchem Sinne ist Kritik ein handelndes Element der sozialen Praktiken von Wissenschaftler_innen, die sich in ihrem Handeln mit den Normen und ihrer Unterscheidung auseinandersetzen (Jaeggi & Wesche, 2009, S. 7). Um Wandel und Veränderungen festzustellen, sind Normen eine Möglichkeit, wenn sie auf ihre aktuelle Bedeutsamkeit hin befragt werden. Dies gilt gesamtgesellschaftlich ebenso wie in einzelnen Handlungsfeldern wie etwa der Wissenschaft, und dort noch weiter gesplittet in Teildisziplinen. Die Rekursivität der Normen, ihr Zurückverweisen auf den gleichen Mechanismus, bringt es mit sich, dass Journalistikwissenschaftler_innen nicht nur die Normen der Gesellschaft – und ihre kommunikative Hervorbringung und Veränderung – untersuchen, sondern zugleich auch Aussagen treffen über die Normen ihrer eigenen Disziplin. Wer über Vertrauen im Journalismus oder über Verantwortung von Medienunternehmen forscht, macht auch Aussagen über Vertrauen und Verantwortung in der eigenen Gemeinschaft. Und wer über digitale Öffentlichkeiten forscht, trifft Aussagen über den fortlaufenden Prozess, in denen sich die Mitglieder der Gesellschaft darüber verständigen, wie sie leben wollen (Klaus, 2017, S. 22).

Auf dieser Grundlage habe ich die Einladung, einen Teil einer Dialogkeynote zu halten, als Möglichkeit interpretiert, Entwicklungen in der Journalistik/Journalismusforschung herauszugreifen, die ich als problematisch ansehe. Leitend für diese Möglichkeit ist die Annahme, dass die Journalismusforschung/Journalistik sich als Gesellschaftswissenschaft verstehen sollte. Als solche Wissenschaft sollte sie sich einmischen und mitreden in den öffentlichen Debatten, zu denen sie etwas zu sagen hat (Altmeppen, 2018). Insgesamt jedoch ist es um die öffentliche Erscheinungsweise der Gesellschaftswissenschaften nicht gut bestellt, getrieben von Kommerzialisierungsschüben und eingeeht in bibliometrische Rankings beschäftigen sie sich viel mehr mit sich selbst als mit den Problemen der Gesellschaft. Beim permanenten Blick nach innen verlieren sie ihre Gemeinwohlorientierung (Selke 2015). In einem sehr kursorischen Verfahren stelle ich im Folgenden meine Thesen dazu dar, die zugegebenermaßen durchaus provokant formuliert sind. Dadurch soll zum Widerspruch herausgefordert werden, um im Diskurs zu angemessenen Wegen der Journalismusforschung zu kommen.

1. Elitemedienverengung

Diese These hat zwei Narrative: Eliteverengung und Medienverengung. Zur Eliteverengung: Im gemeinsamen Chor beklagen Journalistikwissenschaftler_innen, dass wahlweise die Medien oder der Journalismus an Relevanz und Bedeutung einbüßen. Sie beziehen das auf alle Medien- und Journalismusorganisationen, auf Redaktionen, auf Journalistenbüros, auf Verlage und Rundfunkunternehmen, auf Lokalzeitungen wie auf Fachzeitschriften.

Im nächsten Satz aber tun die Journalismusforscher_innen nach wie vor so, als wären allein die Elitemedien relevant für die Gesellschaft. Es geht in den Untersuchungen dann nur noch um Süddeutsche Zeitung und FAZ, um Zeit, Stern und Spiegel. Exemplarisch ist dies abzulesen an den Studien zu Flucht und Migration, in denen Lokalmedien oder die Boulevardzeitungen (übrigens ein hervorragendes Handlungsfeld, um die Entstehung, Verbreitung und Aneignung von Frames und Fake News zu untersuchen) oder privat-kommerzielle Sender von Radio und Fernsehen allenfalls am Rande

eine Rolle spielen (statt vieler: Greck, 2016). Das widerspricht im Übrigen auch allen Nutzungsdaten: die Boulevardzeitungen haben die höchsten Auflagen, die privat-kommerziellen Medien hohe Quoten, die Lokalmedien verbreiten deutlich mehr Ausgaben als die Leitmedien.

Die Narrative und Frames, die in der Gesellschaft entstehen, verbreiten und festigen sich nicht in erster Linie durch Elitemedien, auch das Rechts-Links-Raster, das publizistische Spektrum (Maurer & Reinemann, 2006, S. 129-130) das sich vor allem an den Leitmedien orientiert, hat seine Erklärungskraft im Zuge der Ökonomisierung verloren. Wer aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Profitabilität auf der Suche nach möglichst weitem Publikum ist, findet dies nicht in politischen Milieus allein. Zu beantworten wäre also die Frage, warum die Journalismusforschung so permanent an der Elitiverengung festhält. Vielleicht, weil Diversitätsprobleme in beiden Handlungsfeldern, Journalismus und Kommunikationswissenschaft, vernachlässigt werden: Jüngeren wie älteren Umfragen zufolge bilden die Journalist_innen in Deutschland die gesellschaftlichen Schichten und Klassen nicht annähernd ab, sondern konzentrieren sich auf: weiß, männlich, Mittel- bis Oberschicht, Akademiker_innenmilieu (Steindl, Lauerer & Hanitzsch, 2017, S. 413-415).

Zur Medienverengung, sie ist mit der Elitemedienverengung auf enge Weise verknüpft. Während die Elitemedien noch dem herkömmlichen Medienbegriff der Journalistik entsprechen, entstehen die Probleme damit, dass der Medienbegriff erodiert und längst schon nicht mal mehr als Begriff zur Kennzeichnung traditioneller Medien taugt. Unter die Rezeption und Aneignung professionell produzierter Inhalte fallen mittlerweile dermaßen viele Angebote von dermaßen vielen Anbietern, dass der Überblick schwindet und es dringend erforderlich wäre, definitiv für mehr Klarheit zu sorgen. Erhebungen zum Journalismus müssen mittlerweile erhebliche Anstrengungen machen, um zu ermitteln, wo Journalist_innen arbeiten und wo nicht. Dazu werden journalistische Medienangebote deklariert (Steindl, Lauerer & Hanitzsch, 2017, S. 406-408), die von redaktionellen Einheiten erstellt worden sein müssen. Diese Medienangebote müssen ein Bündel an Kriterien erfüllen (Periodizität, Reichweite und Redaktionsgröße), um in das Sample zu gelangen.

Gebunden sind die redaktionellen Einheiten aber nach wie vor an Medienunternehmen oder Medienhäuser

alter Prägung, also Fernsehen, Hörfunk und Print. Doch schon in diesem Handlungsfeld ist es höchst schwierig zu definieren, wer Journalist_in ist oder sein könnte und wo die Grenzen des Journalismus liegen. Ist dies noch der Diversifikation innerhalb der traditionellen Medien zuzuschreiben (bei denen Advertorials, Corporate Publishing, Nachrichten, Unterhaltung und Communityservice häufig kaum voneinander zu unterscheiden sind) und daher mit dem Medienbegriff abgedeckt, entsprechen die neuen oder weiterentwickelten Informationsanbieter keinesfalls dem alten Medienbegriff. Insbesondere fehlen bei Twitter, Instagram, Facebook, Snapchat, WhatsApp und vielen anderen Plattformen alle Merkmale, die an journalistische Medienangebote gestellt werden. Umstandslos werden aber alle diese Institutionen unter Medien als einem Sammelbegriff subsumiert, auch weil ein reges Wirrwar an Bezeichnungen existiert: Internet, Intermediäre, Plattformen, Digitalkonzerne.

Den Medienbegriff haben Kommunikationswissenschaft und Journalistik nie richtig geklärt. Saxers (1997) gewundene Deskription, Pross' Dreiteilung (Beck, 2018, S. 10), journalistische Medien bei den Journalismusstudien (Weischenberg, Malik & Scholl, 2006; Steindl, Lauerer & Hanitzsch, 2017): Was jahrzehntelang versäumt wurde – den Medienbegriff zu schärfen – fällt der Journalistik schmerzhaft auf die Füße, jetzt, wo plötzlich alle Plattformen auch als Medien bezeichnet werden: Da gibt es nun schon, siehe das Programm der ICA 2019, den Youtube journalism. Was soll das sein? Influencer auf Youtube? Die Nutzung von Youtube durch traditionelle Medien? Gibt es dort journalistische Regeln, publizistisch orientierte Entscheidungen? Wer sind die Quellen, wer die Macher eines Youtube-Journalismus?

Leider tragen die Journalistik wie die Journalist_innen selber in erheblichem Maße dazu bei, dass die digitalen Plattformen als Medien angesehen werden. Unreflektiert werden die Plattformen ständig als Medien tituliert, mit allen Konsequenzen. Die liegen bspw. darin, dass die Mehrheit der Bevölkerung – in Unkenntnis der Unterschiede – die vorhandenen Frames über Medien auf die Plattformen übertragen. Vertrauen und Misstrauen, Transparenz und Intransparenz, Glaubwürdigkeit und Zweifel, gesellschaftliche Funktionen und Dysfunktionalitäten: Unterschiedslos werden Plattformen und Medien, und mit ihnen unter dem Strich der Journalismus, in einen Zusammenhang gestellt, der nicht existent ist. Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, bei

der Plattformen mit höchst folgenreichen Unschärfen als Medien bezeichnet werden, haben auch und vor allem Wissenschaftler_innen und Journalist_innen zu verantworten.

2. Entfremdung von gesellschaftlich relevanten Themen

Die Gesellschaft ist, so kann man konstatieren, nicht interessiert an Ergebnissen, wie sie die Journalismusforschung derzeit liefert. Medienwandel, Öffentlichkeitstheorien, selbst Fake News locken kein Publikum und erzielen keine Reichweite. Schlagendes Beispiel dafür ist die schleichend vonstattengehende Einstellung des Medienjournalismus mangels Nachfrage. Digitaler Journalismus, Fake News, Echokammern, Qualität des Journalismus, all das sind keine relevanten Themen für die Öffentlichkeit (sehr wohl aber für die Wissenschaft). Von den gesellschaftlich relevanten Themen aber ist die Journalismusforschung entfremdet. Sie hat wenig zu sagen zur Bedeutung des Journalismus bei der gesellschaftlichen Konstruktion relevanter Themen wie Migration und Klimawandel.

Während Medien und Öffentlichkeit als Thema in der Berichterstattung per se kaum eine Rolle spielen, werden sie in Verbindung mit gesellschaftlich relevanten Themen höchst bedeutend. Fake News im Zusammenhang mit dem Einfluss Russlands, soziale Medien im Zusammenhang mit der Meinungsmacht z.B. von Youtuber_innen in Wahlzeiten, Lügenpresse und Rechtsextremismus bei Wahlen: In all diesen Fällen wird breit über den Einfluss und die Wirkungen von Öffentlichkeit und (sozialen) Medien debattiert. Zu lernen ist daraus, dass Journalismusforschung dann gesellschaftlich relevant sein kann, wenn sie mit Themen verknüpft ist. Themen sind schließlich der Kern von Kommunikation. Deren Fremdreferenz, die Organisation des Gedächtnisses der Kommunikation, die Bündelung von Beiträgen zu zusammengehörigen Komplexen, all das ist in Themen organisiert, nicht in Medien. Themen sind vor allem dann von kommunikativer Relevanz, wenn sie zwischen den verschiedenen Agenden strukturell gekoppelt sind mit den gesellschaftsweiten Themen (Altmeppen & Evers, 2020).

Medien, Plattformen und Öffentlichkeiten allein reichen nicht als Thema, um Bedeutung im öffentlichen Diskurs zu erlangen. Relevanz entsteht

erst durch deren Kombination mit den Themen, die gesellschaftlich drängend sind. Nicht die abstrakte Antwort auf die Frage, inwieweit Medien und Plattformen demokratische Funktionen erfüllen oder einschränken ist öffentlich interessant und relevant, sehr wohl aber die Antwort darauf, ob und wie Medien und Plattformen vor dem Hintergrund dieser Frage in der Gesundheitskrise durch das neue Coronavirus agieren. Diese Relevanz zu erlangen sollte ein gesellschaftspolitischer Anspruch des Faches und seiner Vertreter_innen sein.

3. Den (links-)liberalen Konsens hinterfragen

Was machen die Wissenschaften in Deutschland eigentlich, wenn der erste AfD-Politiker Wissenschaftsminister geworden ist? Was macht die Kommunikationswissenschaft, was die Journalismusforschung dann? Auch Anja Karliczek, die Bundesbildungsministerin, macht ja hie und da Cliquespolitik, etwa bei der Batterieforschung (SZ 2019a), aber sie bewegt sich auf ansonsten sehr traditionellem politischem Boden der Wissenschaftspolitik.

Das tut die AfD ausweislich ihrer Programme nicht, sie will eine andere, nationalautoritäre statt liberale Ordnung der Kultur- und Wissenschaftspolitik. Daher und aufgrund der zunehmenden Etablierung der AfD in der Politik ist die Frage nicht ohne Bangen zu stellen, was Journalist_innen und Wissenschaftler_innen in Deutschland machen werden, wenn AfD-Politiker (Maskulinum, ohne generisch) Kultur- und Wissenschaftsminister werden? Deren Partei-programm zeigt die Richtung an: Genderwissenschaft abschaffen, Rundfunkbeitrag ebenso, Kunst- und Religionsfreiheit beschränken: Wie die AfD Kulturgleichschaltung definiert, das dokumentiert die SZ eindrucksvoll in einem Dossier über die Maßnahmen von AfD-Politiker_innen zur Einschüchterung der Kulturschaffenden. Ich sage bewusst Gleichschaltung, denn die Strukturen ähneln sich (SZ 2019b).

Die Wissenschafts- und Kultureliten haben sich in den letzten Jahrzehnten eingerichtet in einem kommerziellen System der Wohlfühlgesellschaft. Sie pflegen den liberalen bis linksliberalen Duktus und können sich nicht vorstellen, dass es offensichtlich auch andere Gesellschaftsformationen gibt, in denen die gewohnten Freiheiten anders definiert werden. Es

ist höchst fraglich, ob Journalist_innen und Wissenschaftler_innen, wenn sie sich zu diesen Themen äußern müssen, in der Lage und vorbereitet sind auf die Debatten.

Dies wird umso schwieriger, wenn das, was die Journalistik auch tun sollte, den Journalismus kritisch zu begleiten, von genau denen instrumentalisiert wird, die den Journalismus gleichschalten wollen. Eine jüngere Studie aus Oxford „Old, Educated, and Politically Diverse“ enthält auch einen Teil darüber, ob die öffentlich-rechtlichen Medien das Publikum in der politischen Bandbreite ansprechen. In Deutschland schlägt das Pendel leicht nach links aus (Schulz, Levy & Kleis Nielsen, 2019). Die NZZ (in den letzten Jahren politisch rechts gewendet) macht daraus am 13.9.2019 folgende Überschrift: „Schlechtes Zeugnis für ARD und ZDF. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland hat ein linkes Publikum.“ So liefert eine empirische Studie aus einem renommierten Institut bestes Argumentationsfutter für die Institutionen des autoritären Nationalismus oder Nationalradikalismus (Heitmeyer 2018).

Die Zeiten für Journalismusforscher_innen werden schwieriger und ungemütlicher, wenn sie als Kritiker_innen des Journalismus oder von Medien argumentieren und dann plötzlich als Kronzeugen benannt werden in den Argumentationsmustern rechter Bewegungen und Institutionen.

4. Internationalisierung: Warum?

Das Beispiel der Reuters Institute-Studie ist auch ein sehr brauchbares Beispiel für die Internationalisierung der Journalistik und der Journalismusforschung. Brauchbar im doppelten Sinne: Es verdeutlicht die Notwendigkeit und den Mehrwert vergleichender Forschung und es zeigt, wie kultursensibel Themen der vergleichenden Forschung bearbeitet werden sollten, ansonsten schlägt der Vorteil schnell in einen Nachteil um. Derartige internationale Kooperationen sind geeignete Beispiele, um Internationalisierung zu legitimieren.

Diese Legitimation ist allerdings nicht per se gegeben bei dem, was gemeinhin zur Internationalisierung der Kommunikationswissenschaft gezählt wird. Da muss danach gefragt werden, zu welchem Zwecke und aus welchen Gründen Internationalisierung betrieben wird. Nicht unbedingt sind die hehren wissenschaftlichen

Zwecke (Erkenntnis, Erfahrung, gemeinsame Forschung) erkennbar, wie in den Fällen, wenn Forscher_innen aus unterschiedlichen Ländern ein Phänomen grenzüberschreitend untersuchen. Stattdessen ist vielmehr eine zweckgebundene Instrumentalisierung zu konstatieren: zum Zwecke der Karriere, weil Internationalisierung zur Norm erkoren wurde; zum Zwecke der kumulativen Promotion, weil Veröffentlichungen in internationalen Zeitschriften vorgeschrieben werden; zum Zwecke der Rankingpunkte, die als Bewertungsmaßstab eingeführt wurden.

Über diese Gründe hinaus kann ich nicht erkennen, wo der Mehrwert der Internationalisierung liegt. Dieser Wert würde doch darin liegen, dass tatsächlich gemeinsame Forschungs- und Publikationsprojekte von Forscher_innen aus unterschiedlichen Kulturen erkennbar sind. Bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Hanitzsch, Hanusch, Ramaprasad, & de Beer S, 2019; Löffelholz & Weaver, 2008; Altmeyen, Hollifield & van Loon, 2017; García-Avilés, Kaltenbrunner & Meier, 2014) ist dies in der Journalismusforschung nicht der Fall. Daher erscheint die Internationalisierung wie eine Einbahnstraße. Nicht nur unterwerfen sich alle Beteiligten dem Diktat des Englischen (bei Vorträgen, Aufsätzen, Zitationen), nicht nur unterjocht sich Studies in Communication and Media dem Oktroi, ein affiliate journal der ICA zu sein, es ist im Gegenzug auch keinerlei Bemühen der Wissenschaftler_innen anderer Nationen und Kulturen zu entdecken, zumindest soviel Deutsch zu erlernen, um diese Wissenschaftskultur zu verstehen und ihre Kategorien, Begriffe und Theorien zumindest ansatzweise zu kennen.

Die Folge ist eine sehr einseitige System- wie Sozialintegration des deutschen Wissenschaftsbetriebs in denjenigen englischsprachigen Regionen, die nicht von Akkulturation geprägt ist, sondern zwischen Segmentation und Marginalität changiert: Konferenzen und Publikationen auch in Deutschland auf Englisch, amerikanische Regeln der Abfassung und Zitation von Beiträgen, die Orientierung der Forschungsthemen an die internationale Vermarktung, die Klassifizierung von wissenschaftlichen Zeitschriften in fragwürdige Rankings und unter dem Strich die Preisgabe eigenständiger Theorieentwicklung und eigener kultureller Praktiken, all das führt nicht zur Integration, sondern dazu, dass die Beiträger_innen weder in der Herkunfts- noch in der Aufnahmegesellschaft richtig integriert sind. Der eher verheerende ökologische Fußabdruck des

Wissenschaftstourismus trägt auch nicht zu einer gesellschaftsweiten Relevanz bei.

5. Kommunikator_innenforschung wiederbeleben

Was tun angesichts all dieser Zustandsbeschreibungen? Mir scheint, dass es nützlich und sinnvoll sein könnte, die Kommunikator_innenforschung wieder zu beleben. In den 1980er-Jahren war dies das begriffliche Dach für die Erforschung von Journalismus und PR, von Kommunikator_innen eben. Später kamen die Felder Unterhaltung und Werbung hinzu, wenn auch mit deutlich weniger intensiver Beschäftigung in der wissenschaftlichen Forschung.

Die Kommunikator_innenforschung hat sich mit vielen Kontexten rund um Kommunikator_innen beschäftigt, mit Technologien, mit Berufen und Arbeit, mit Einstellungen und Vorstellungen, mit Produkten und Produktionsprozessen. Sie war ebenso deskriptiv und theoretisch, ebenso analytisch wie empirisch (dokumentiert in den Arbeiten von Siegfried Weischenberg 1992, 1995, 2014). Es ist Teil einer um sich greifenden disziplinären Geschichtsvergessenheit, dass in so vielen Publikationen der Journalismusforschung offenbar die Meinung vorherrscht, Journalismusforschung beginne mit der gesellschaftlichen Totaldigitalisierung, auf jeden Fall frühestens 2010. Wer daran zweifelt, möge sich die Literaturverzeichnisse der aktuellen Aufsätze ansehen, die Ergebnisse der Journalismusforschung präsentieren. Dort finden sich nur bruchstückhaft Bezüge zu einer Journalismusforschung, die mehr als zehn Jahre alt ist. Damit werden neue zentrale Forschungsfelder erschlossen, die sich im Zuge der digitalen Durchdringung des medialen Handlungsfeldes und der Dominanz der digitalen Plattformen herausgebildet haben. Allerdings bleibt auch der Eindruck hängen, dass so manches Mal auf tote Pferde geschossen wird, etwa mit der zigsten Studie zu journalistischer Qualität, die empirisch sauber, aber theoretisch inhaltsleer daherkommen.

Andere Aufhänger dagegen greift die Journalismusforschung kaum auf, etwa Untersuchungen zur Entgrenzung des Journalist_innenberufes. Wurden Entgrenzungen früher zwischen Journalismus, PR, Werbung und Unterhaltung gesehen, drängen aktuell Content-Producer_innen und Social-Media-Manager_innen in

das Berufsfeld, weil vielerorts journalistisch gearbeitet oder mindestens ein derartiger Anspruch erhoben wird. Cathy Hummels, Influencerin auf Instagram, hat soeben einen Gerichtsprozess über Schleichwerbung gewonnen, dessen Begründung sie, so ihre nicht falsche Deutung der Aussagen des Gerichtes, presserechtlich nutzen konnte: „Mein Account ist genau wie eine Frauenzeitschrift mit all ihren Facetten.“

Influencer_innen und Content_Marketingschaffende als Journalist_innen? Da wäre Aufräumarbeit zu leisten für eine Kommunikator_innenforschung, deren Ziel darin besteht und die sich damit beschäftigen will, wo, wie und unter welchen Umständen Journalismus entsteht – und wo nicht. Da liegt ein Feld brach, das mit Theorie- und Begriffsarbeit beackert werden kann, um zu klären, wer zu den Kommunikator_innen in der Gesellschaft zählt und wo unter diesen tatsächlich noch Journalist_innen zu finden sind.

Die in der Praxis existierenden Möglichkeiten und Grenzen des Journalismus liegen gleichermaßen im medialen Handlungsfeld wie in dem der Plattformen und (a)sozialen Netzwerken, denn Journalismus kann auf digitalen Plattformen stattfinden. Aber digitale Plattformen sind deshalb nicht automatisch Medien. Den notwendigen Differenzierungen zwischen Journalismus und seinen Distributionskanälen, zwischen den Formen kommunikativer Arbeit und ihren Interessen und Machtkonstellationen sollte mehr forschende Aufmerksamkeit gewidmet werden. Nur dann kann gesellschaftliche Aufklärung gelingen, die sagt: Der Kern des Journalismus ist: Journalismus!

Dabei spielen digitale Technologien eine entscheidende Rolle. Sie sind aber weder die Ursache noch die Lösung der aktuellen Probleme des Journalismus. Diese liegen viel mehr in seinen basalen Strukturen der Abhängigkeit, insbesondere der finanziellen, von Organisationen, die bereit sind, Journalismus zu finanzieren. Die klassischen Medienunternehmen sind das immer weniger, die digitalen Plattformen wollen diese Rolle nicht. Die finanzielle Abhängigkeit wird sich auch mit den diskutierten neuen Formen der Monetarisierung nicht ändern, denn auch Stiftungen und gemeinnützig agierende Institutionen haben Interessen und kontrollieren Finanzströme. Und auch sie werden dem Faszinosum der Digitalisierung erliegen, sie werden digitale Strukturen fördern, sie werden das Publikum in den Mittelpunkt stellen und sie werden die digitalen Plattformen weiter mystifizieren. Was auch diese

Förderinstitutionen nicht akzeptieren werden: Der Kern des Journalismus ist analog. Für das, was der Journalismus leisten soll in der Gesellschaft, beobachten, selektieren, recherchieren, präsentieren, um Information, Kritik und Kontrolle zu gewährleisten, dafür braucht es keine digitalen Technologien. Um eine funktionale Stärkung des Journalismus in der Gesellschaft zu erreichen, hilft nur Qualifizierung, nicht Digitalisierung.

Nachtrag

In der Diskussion dieser Thesen kam vehement der Vorwurf des Dogmatismus, insbesondere hinsichtlich der These zu den Themen der Journalismusforschung. Der Kern des Vorwurfes: Diese These ziele darauf ab, Journalismusforscher_innen vorzuschreiben, welche Themen sie zu erforschen hätten. Das aber sei mit den Regeln der Wissenschaftsfreiheit nicht vereinbar. Ich bin nun weder der Ansicht, dass meine These unbezweifelbar richtig ist und gewiss ist sie auch nicht jenseits jeglicher Kritik. Insofern freue ich mich über skeptische Haltungen gegenüber meiner wie gegenüber jedweder wissenschaftlichen Aussage.

Ich halte allerdings an der These fest, denn für mich spiegelt die Diskussion kein dogmatisches Problem wieder, sondern eines von Normen. Offensichtlich, und erfreulicherweise, gibt es über die normative Ordnung, also den Zusammenhang verschiedener Normen, die sich auf den gleichen Ausgangspunkt, in diesem Fall denjenigen der Journalistik, zurückführen lassen, unterschiedliche Auffassungen. Eine Reflektion darüber findet aber selten statt (zu den wenigen Ausnahmen: Rothenberger & Auer, 2013). In den Jahrzehnten seit der Revitalisierung der Fachgruppe Journalistik/Journalismusforschung durch Martin Löffelholz 1996 lässt sich anhand der Jahrestagungen erkennen, dass manche Themen (Theorie, Empirie, Methoden) wiederkehren, andere neu sind (Rothenberger & Auer, 2013). Was mit der Eichstätter Tagung 2019 erstmalig nach langer Zeit thematisiert wurde ist die Stellung der Forschung zum Journalismus in der Gesellschaft. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Umbrüche und des komplex miteinander verflochtenen Medien- und Gesellschaftswandels ist es gewiss höchste Zeit, die Beobachter_innen dabei zu beobachten, wie und was sie beobachten, und dies dann auch zu bewerten.

Beobachtungen zweiter Ordnung dienen dann dazu,

Diskurse darüber zu führen, welche Normen in welcher Form Gültigkeit beanspruchen sollen und können. Normen im Feld der Wissenschaft werden ebenso wie Normen in anderen Gesellschaftsfeldern selten einfach gesetzt (substantielle Normen), sondern regelhaft durch diskursive Aushandlungsprozesse in öffentlichen Räumen prozedural geschaffen (Münkler & Bluhm, 2001, S. 18). Dies ist schon allein deshalb notwendig, weil Normen zeitlich, sachlich und sozial an bestimmte Kontexte gebunden sind und weil sie sich verändern und verändern müssen (Möllers, 2018, S. 19).

Wissenschaftsfreiheit als Norm trifft in digitalen Gesellschaften auf die Sollenserwartung, dass die Journalistik nicht nur in der und für die Gesellschaft forscht, sondern diese Forschung auch reflektiert und (individuelle wie gesellschaftliche) Verantwortung übernimmt für die Art und Weise, Wissenschaft zu betreiben. Das Diktum der Wissenschaftsfreiheit ist unbestritten und überdauernd, die normative Forderung nach Verantwortung ist eine neuere Erscheinung im Wissenschaftssystem. Der Normenkonflikt, Wissenschaftsfreiheit vs. Verantwortung, markiert Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die sich normativ in den sozialen Praktiken wissenschaftlichen Handelns niederschlagen, in Praktiken wie der Diskussion von Thesen auf Konferenzen. Nur so können sich (wissenschaftliche) Gemeinschaften über die eigene Realität Rechenschaft abgeben, sich wenn nötig von ihr distanzieren, um zu Veränderungen zu kommen (Möllers, 2018, S. 15). Verantwortung im Wissenschaftssystem scheint ein eher schwieriges Terrain zu bilden, wie zurückliegende Diskussionen in der Kommunikationswissenschaft zeigen (Stöber, 2015). Dazu ein paar abschließende Gedanken.

Verantwortung

Verantwortung ist im Wissenschaftssystem eher Gegenstand der Forschung als Teil sozialer Praxis. Das resultiert wohl auch daraus, dass der Begriff häufig als hohle Floskel genutzt wird und Verantwortlichkeiten sehr komplexe Gegenstände sind. So zeichnet sich Verantwortung grundsätzlich dadurch aus, dass sie nur als ein Sozialverhältnis konstituiert werden kann, für das je nach Verantwortungsbereich spezifische Bedingungen und Rechtsverhältnisse vorliegen. Verantwortung kann nur wahrgenommen und sanktioniert werden kann, wenn „institutionell

geprägte und normativ [...] gesicherte Wahrnehmungsmuster und Zurechnungskonstrukte zur Verfügung“ gestellt werden, die es ermöglichen, „eine verantwortliche Person oder ein zuständiges Kollektivum ausfindig zu machen“ (Bühl, 1998, S. 16).

Für die einzelne Wissenschaftlerin und den einzelnen Wissenschaftler bedeutet das „das Entstehen eines Akteurs für die Folgen seiner Handlungen in Relation zu einer geltenden Norm.“ (Heidbrink 2016, 5) Das sollte ohne Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit – im Grunde unter Berufung auf diese Freiheit – problemlos möglich sein, es impliziert aber ebenso, sich mit Widerspruch, Kritik und divergenten Einstellungen auseinandersetzen zu müssen. Als zuständiges Kollektiv sind neben anderen die Fachgesellschaften und ihre Gruppen und Sektionen die Institutionen, die den Korridor der Normen diskutieren und formulieren.

Ein Problem liegt darin, dass die Wahrnehmungsmuster und Zurechnungskonstrukte sich in erster Linie auf diejenigen Wahrnehmungspraxen beziehen, die durch öffentliche Kommunikation hergestellt werden. Verantwortung wird in der öffentlichen Kommunikation mit der Trias von Attributionssender_in, -gegenstand und -adressat_in erfasst (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007). Zuschreibung ist jedoch nur die eine Seite des Kontextes von Verantwortung. Mit Attribuierung von Verantwortung wird keine Aussage darüber getroffen, ob ein Verantwortungsträger tatsächlich verantwortlich handelt. Dafür notwendig ist ein erweiterter Verantwortungsbegriff (Altmeppe, Brakelmann & Drössler, 2020), der auf mehrstellige Relationen zurückgreift, die den normativen Kontext einbeziehen: „Ein Subjekt oder ein_e Träger_in (Wer?) ist verantwortlich für ein Objekt oder einen Gegenstand (Wofür?) vor einer Instanz (Wovor?) gegenüber einem Adressaten bzw. einer Adressatin (Warum?) auf der Grundlage normativer Kriterien (Inwiefern?)“ (Loh, 2017, S. 39; Bracker, 2017, S. 51). Die Coronakrise hat die Mechanismen von verantwortlichem Handeln und Verantwortungszuschreibung aktuell sehr deutlich gemacht: Als die öffentliche Diskussion sich darum drehte, ob Virolog_innen oder Politiker_innen für die Folgen der Beschränkungen verantwortlich zu machen sind, ging es um verantwortliches Handeln. Das gestiegene Ansehen der Wissenschaft in der Einschätzung der Bevölkerung dagegen ist eine Attributionsleistung, mit der keine Aussagen darüber

gemacht werden, ob tatsächlich verantwortlich gehandelt wurde.

Da Verantwortung und deren Beurteilung in hohem Maße auf öffentlicher Kommunikation beruht, hat sie für Kommunikationswissenschaftler_innen eine doppelte, reflexive Bedeutung: Sie ist gleichsam Forschungsgegenstand und Norm des eigenen Handelns. Das schafft besondere Referenzbedingungen für eine angemessene Verantwortungskultur (Jarren 2019). Deren Praktiken gehen über die Regeln guten wissenschaftlichen Arbeitens hinaus, sie erstrecken sich auf umfassendere Normen. Folgt man Merton (1985), sind das Universalismus, Kommunalismus, Uneigennützigkeit und Skeptizismus. Diese Normen allerdings sind eher grobe Dimensionen, die für eine Bewertung verantwortlichen Handelns eher ungeeignet sind (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Verantwortungsrelationen der Wissenschaft (Quelle: Eigene Darstellung)

Wer?	Warum?	Wofür?	Wovor?
Wissenschaftsgemeinde	Universalismus	Wahrheit	Gesellschaft, Wissenschaft
Wissenschaftsgemeinde	Kommunalismus	Erkenntnis und Eigentum	Gesellschaft, Wissenschaft
Wissenschaftsgemeinde	Uneigennützigkeit	Interesse	Gesellschaft, Wissenschaft
Wissenschaftsgemeinde	Skeptizismus, organisiert	Kritik	Wissenschaftsinstitutionen

In einer praktikableren Sicht können Ebenen von Normativität in der Kommunikationswissenschaft, und damit auch in der Teildisziplin Journalistik, auf drei Bereiche des Forschungsprozesses bezogen werden (Averbeck-Lietz, 2021): Sie können sich beziehen auf empirisch objekt-bezogene Phänomene (Normen/Leitbilder im Journalismus/von Journalist_innen als Untersuchungsgegenstand der Journalistik), auf theoretisch konstruktivistische Phänomene (Journalistik entwickelt oder verstärkt Normen/Leitbilder des Journalismus) und auf metatheoretische Phänomene. Bei metatheoretischen Normen sind Journalismusforscher_innen geprägt durch gesellschaftliche Normen und Werte sowie Normen des (allgemeinen) wissenschaftlichen Handelns. In diesem Zusammenhang sind Normen und Leitbilder der Journalistik Untersuchungsgegenstand metatheoretischer Studien.

Die Selbstverständigung und die (kritische) Reflektion normativer Journalistik ist auf allen drei Ebenen gesellschaftlicher Strukturierung (s. die Beiträge in Quandt & Scheufele, 2011 sowie für die Journalistik Rothenberger & Auer, 2013, S. 26-27) vonnöten (s. Tabelle 2). Im teilsystemischen Orientierungshorizont (Makroebene, das Sollen) wird die normative Ordnung der Journalistik davon geleitet, welche Normen und Werte im gesamten Wissenschaftssystem gelten (Wahrheit, Kriterien guter Wissenschaft), auf der Mesoebene (das Wollen) institutioneller Ordnungen wirken die Normstrukturen der Fachgesellschaft, der Universitäten und der Journalistikinstitute, die Akteur_innen (Mikroebene) entscheiden individuell in ihrem wissenschaftlichen Handeln über den normativen Charakter ihrer Arbeit. Innerhalb dieser Bandbreiten normativer Ordnungen der Journalistik haben dogmatische Positionen kaum eine Chance, wenn die Normen in öffentlicher Diskussion verhandelt werden.

Tabelle 2: Verantwortungsrelationen der Journalistik (Quelle: Eigene Darstellung)

Wer?	Wofür?	Warum?	Wovor?
Teildisziplin Journalistik	Wahrheit	Orientierungshorizont Wissenschaft	Gesellschaft, Wissenschaft
Institute, Studiengänge Journalistik	Lehre, Forschung	Institutionelle Ordnung (Leitbilder, Fachgesellschaft, Fachgruppen, ...)	DGPuK, Fachgruppe, Journalismus
Journalismusforscher_innen	Interesse, Thema, wissenschaftliches Arbeiten	Legitimation	Gesellschaft, Wissenschaft, Journalismus

Die Verantwortungsrelationen schaffen spezifische Verhältnisse bei den Kategorien, die verantwortliches Handeln nachzeichnen lassen. So ist die Journalistik als wissenschaftliche Disziplin gefragt, wenn es darum geht offen zu legen, wofür sie verantwortlich ist und wem gegenüber. Die eher abstrakten Norm der Wahrheit wird auf der Mesoebene durch die Konkretisierung auf Forschung und Lehre und die diskursive Aushandlung von Normen durch vielfältige Institutionen des Wissenschaftsbetriebs konkretisiert. Diese Normen bilden den Kontext für das individuelle Handeln von Wissenschaftler_innen, die darüber hinaus für sich selbst festlegen müssen, welchen Werten und Normen sie in ihrer Arbeit folgen. All diese Normativitätsebenen umfassen Normen, die bei der Formulierung von Forschungsfragen und bei der Bewertung von Forschungsergebnissen gelten und sie beinhalten Normen bei der Themenwahl (Karmasin, Rath & Thomaß, 2013, S. 475). In Bezug auf den Vorwurf, ich würde dogmatisch fordern, dass

die Forschungsthemen der Journalistik extern und verbindlich festzulegen seien, antworte ich: Nein, das fordere ich nicht. Aber, ja, ich plädiere dafür, die Verantwortung von Sozialwissenschaften ernst zu nehmen im Hinblick darauf, dass sie gesellschaftsrelevant sein sollten. Das kann durchaus bedeuten, dass gesellschaftsrelevante Themen eine größere Rolle spielen sollten in der Journalistik, und dass sie aktiver und drängender darüber debattieren muss, welche Themen das sind. In digitalen Zeiten ist die Digitalisierung sicherlich ein relevantes Thema, aber offensichtlich nicht als Thema an sich, sondern in der Kombination mit den Problemen, die sich gesellschaftlich auftürmen. Daneben gibt es unzählige Themen, denen sich Journalismusforscher_innen aus individuellem Interesse zuwenden können, allerdings auch sie nicht, ohne die Legitimität ihres Tuns kritisch betrachten zu lassen, also nicht ohne Verantwortung für die Themenwahl zu übernehmen.

Literatur

Altmeppe, K.-D. (2018): Mitreden, einmischen, verantworten. Gedanken zu den Praktiken der Gesellschaftswissenschaften. In A. Gemeinhardt (Hg.). Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften. 30 Jahre Schader-Stiftung. Darmstadt: Schader-Stiftung, S. 198-203.

Altmeppe, K.-D., Brakelmann, H., Drössler, K. (2020). Verantwortung durch Nichtberichterstattung. Ein medienethisches Reizthema. *Communicatio Socialis* 53(1), S. 80-96.

Altmeppe, K.-D., Evers, T. (2020). Worum geht es? Die Bedeutung von Themen für den Strukturwandel der (digitalen) Öffentlichkeiten. In M. Eisenegger, R. Blum, P. Ettinger, & M. Prinzing (Hg.). *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit. Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen*. Wiesbaden, Springer (im Erscheinen).

Altmeppe, K.-D., Hollifield, C. Ann, & van Loon, Joost (eds.) (2017). *Value-Oriented Media Management. Decision Making Between Profit and Responsibility*. Cham: Springer International Publishing.

Averbeck-Lietz, S. (2021). Theorien in der Kommunikationswissenschaft. In K.-D. Altmeppe, E. Klaus, & U. Röttger (Hg.). *Einführung in die*

- Kommunikationswissenschaft. Wiesbaden, Springer (im Erscheinen).
- Beck, K. (2018). Das Mediensystem Deutschlands. Strukturen, Märkte, Regulierung. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Bracker, I. (2017). Verantwortung von Medienunternehmen: Selbstbild und Fremdwahrnehmung in der öffentlichen Kommunikation. Baden-Baden: Nomos.
- Bühl, W. L. (1998). Verantwortung für soziale Systeme. Klett-Cotta, Stuttgart.
- García-Avilés, J., Kaltenbrunner, A., & Meier, K. (2014). Media Convergence Revisited, *Journalism Practice*, 8(5), S. 573-584.
- Gerhards, J., Offerhaus, A. & Roose, J. (2007). Die öffentliche Zuschreibung von Verantwortung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59(1), S. 105-124.
- Hanitzsch, T., Hanusch, F., Ramaprasad, J., & de Beer, A. S. (Eds.) (2019). *Worlds of Journalism: Journalistic Cultures Around the Globe*. New York: Columbia University Press.
- Heidbrink, L. (2017). Definitionen und Voraussetzungen der Verantwortung. In L. Heidbrink, C. Langbehn, & J. Loh (Hg.). *Handbuch Verantwortung*. Wiesbaden: Springer, S. 3-34.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Jaeggi, R., & Wesche, T. (2009). *Was ist Kritik?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Jarren, O. (2019). Kommunikationsnormen für die digitale Kommunikationsgesellschaft. *Kommunikationspolitik als Ansatz zur Etablierung einer neuen Verantwortungskultur*. *Medien Journal* 43(4): S. 63-79.
- Karmasin, M, Rath, M., & Thomaß, B. (2013). *Normativität in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Klaus, E. (2017). Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess und das Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit. Rückblick und Ausblick. In E. Klaus, & R. Drüeke, Ricarda (Hg.). *Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 17-38.
- Löffelholz, M., & Weaver, D. (eds.) (2008). *Global Journalism Research. Theories, Methods, Findings, Future*. Malden: Blackwell Publishing.
- Loh, J. (2017). Strukturen und Relata der Verantwortung. In L. Heidbrink, C. Langbehn, & J. Loh (Hg.). *Handbuch Verantwortung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 35-56.
- Maurer, M., & Reinemann, C. (2006). *Medieninhalte. Eine Einführung*. VS Wiesbaden.
- Merton, R. K. (1985). Die Normative Struktur von Wissenschaft. Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Mills, C. W. (1973). *Kritik der soziologischen Denkweise*. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand. (zuerst 1959, Oxford University Press).
- Möllers, C. (2018). *Die Möglichkeit der Normen. Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Münkler, H., & Bluhm, H. (2001). Einleitung: Gemeinwohl und Gemeinsinn als politisch-soziale Leitbegriffe. In dies. (Hg.): *Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe*. Berlin: S. 9-30.
- Quandt, T., & Scheufele, B. (Hg.) (2011). *Ebenen der Kommunikation. Mikro-Meso-Makro-Links in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rothenberger, L., & Auer, C. (2013). Normativität in der Kommunikatorforschung: Journalistik. In M. Karmasin, M. Rath, & B. Thomaß (Hg.). *Normativität in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden, Springer VS: S. 19-48.
- Saxer, U. (1997). Medien als problemschaffende und problemlösende Systeme: Zur Notwendigkeit der Annäherung der Medienforschung an ihren Gegenstand. *Publizistik* 42(1), S. 73-82.

Schulz, A., Levy, D. A. L., & Kleis Nielsen, R. (2019). *Old, Educated, and Politically Diverse: The Audience of Public Service News*. Reuters Institute, Oxford.

Schütz, A., Luckmann, T. (1988). *Strukturen der Lebenswelt*, Bd. 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Selke, S. (2015). Öffentliche Soziologie als Komplizenschaft. Vom disziplinären Bunker zum dialogischen Gesellschaftslabor. *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 4(1), S. 179-207.

Steindl, N., Lauerer, C., & Hanitzsch, T. (2017). Journalismus in Deutschland. Aktuelle Befunde zu Kontinuität und Wandel im deutschen Journalismus. *Publizistik* 62(1), S. 401-423.

Stöber, R. (2015). Kritik der Ethik – Ethik der Kritik. Anmerkungen zur Moral in der Wissenschaft und zum Ethik-Kodex der DGPK. *M&K* 63(4), S. 576-589.

SZ 2019a: Chronologie der Batterieaffäre. <https://www.sueddeutsche.de/politik/karliczek-muenster-forschungszentrum-1.4651230>, 23.10.2019.

SZ 2019b: Druck von rechts. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/afd-kulturpolitik-rechtsextremismus-gewalt-1.4578106>, 27.08.2019.

Weischenberg, S. (1992). *Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation*. Bd. 1: Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag (2. überarbeitete und aktualisierte Auflage 1998. 3. Auflage 2004).

Weischenberg, S. (1995). *Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation*. Bd. 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (Nachdruck 2002).

Weischenberg, S. (2014). *Max Weber und die Vermessung der Medienwelt. Empirie und Ethik des Journalismus – eine Spurenlese*. Wiesbaden: Springer VS.

Weischenberg, S., Malik, M., Scholl, A. (2006). *Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die deutschen Journalisten*. Konstanz: UVK.